

**- Es gilt das gesprochene Wort. -**

## **Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein**

### **Haushaltsrede 2014**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wir blicken zurück auf ein Jahr, in dem eine Kommunalwahl die Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat erheblich verändert hat.

In der abgeschlossenen Wahlperiode hatte keine Partei eine absolute Mehrheit. Feste Mehrheitsverhältnisse gab es nicht und man musste sich Mehrheiten nach inhaltlichen Gesichtspunkten suchen, sich gegenseitig überzeugen, was für manche teilweise unbequem, im Sinne einer funktionierenden Demokratie aber ausgesprochen fruchtbar war.

In der laufenden Wahlperiode hat eine Partei nahezu eine Zweidrittel- Mehrheit. Die Suche nach Mehrheiten hat sich damit erledigt. Von einer wirklichen Kontrolle des Bürgermeisters, der dieser Mehrheits-Partei angehört, durch den Rat kann keine Rede sein, zumal der Stimmenzuwachs zu nicht unerheblichen Teilen der Arbeit und Popularität eben dieses Bürgermeisters zu verdanken sein dürfte - und der Tatsache, dass sich nur eine andere Partei getraut hat, den Wählerinnen und Wählern eine Alternative zu diesem Bürgermeister zu bieten.

Gleichwohl werden wir auch weiterhin in Diskussionen durch Argumente überzeugen, um eine politische Monokultur zu verhindern, die der Demokratie nicht gut tut.

Letztlich sind die aktuellen Mehrheitsverhältnisse natürlich das von allen Parteien zu akzeptierende Ergebnis einer demokratischen Wahl.

Ich wage allerdings zu behaupten, dass der Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Kommunalwahl wesentlich größer gewesen wäre, wenn überall dort, wo GRÜN drin war und ist, auch GRÜN dran gestanden hätte.

Viele ursprünglich grüne Ideen wurden in anderen Wahlprogrammen und auf Werbeträgern als eigene Ideen und deren Umsetzung als eigene Erfolge dargestellt.

Grundsätzlich ist es natürlich in unserem Sinne und für alle Monheimerinnen und Monheimer gut, dass viele grüne Ideen und Inhalte in den letzten Jahren umgesetzt wurden und sich auch im vorliegenden Haushalt wieder finden.

Wir werden uns weiter als kreative Kraft beweisen, mit grünen Ideen und Initiativen unsere Stadt vorantreiben und die Umsetzung unserer Ideen verfolgen.

So werden wir mit großem Interesse das Projekt "Fahrradfreundliche Stadt", entstanden auf Grundlage eines Antrags der Grünen, begleiten.

Als ersten Schritt zur Umsetzung haben wir beantragt, alle Einbahnstraßen jetzt schon daraufhin zu überprüfen, ob sie für Radfahrer in Gegenrichtung geöffnet werden können, wie es in Sichtweite des Ratssaals bereits bestens funktioniert.

Diese Maßnahme könnte mit geringem Aufwand zeitnah Wege erheblich verkürzen. Die Mobilität mit dem in unserer Stadt der kurzen Wege idealen Verkehrsmittel wird dadurch weiter verbessert.

Im Interesse der Eindeutigkeit und Sicherheit halten wir für ideal, möglichst einheitliche Lösungen für die gesamte Stadt zu planen und umzusetzen und so Konflikte zu vermeiden, also zum Beispiel: Ein-Richtungs-Radwege an allen Durchgangsstraßen und Fahrräder auf die Fahrbahn auf allen Tempo-30-Straßen. Allenfalls in gut begründeten Ausnahmefällen sollte davon abgewichen werden, indem beispielsweise auf der Geschwister-Scholl-Straße in einer Richtung auf dem vorhandenen Radweg und in der anderen auf der Fahrbahn geradelt wird.

Die Entwicklung einer wirklich fahrradfreundlichen Stadt, in der sich alle Radfahrer ohne tatsächliche oder gefühlte Gefahr für sich und andere bewegen und ihr Fahrzeug am Ziel auch sicher abstellen können, wird weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Wir sehen das Fahrrad dabei nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum öffentlichen Personen- Nahverkehr, beispielsweise als Schön- und Schlechtwetter-Variante sowie als „Zubringer“ zum Langenfelder S-Bahnhof, an dem wir eine Fahrradstation mit Fahrradboxen, Reparaturservice u.a. wünschen.

Zur Optimierung des Nahverkehrs selbst unterstützen wir u.a. die Bemühungen um einen Haltepunkt für den Rhein-Ruhr-Express an diesem Bahnhof und setzen uns für Erhalt und Verbesserung der Schnellbusverbindungen und der Nachtverkehrsexpress-Angebote ein.

Auch die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts, das ebenfalls auf einen Antrag der Grünen zurückgeht, begleiten und unterstützen wir weiterhin nach Kräften. Mit dem Wegfallen der Haushaltssperre des Landes NRW kann die Klimaschutzmanagerin oder der Klimaschutzmanager endlich eingestellt werden und das Konzept so in Fahrt bringen, wie wir GRÜNEN es von Beginn an gefordert haben.

Nach Einführung der Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten und Ogata- Betreuung haben die Grünen beantragt, auch die Betreuungsmaßnahme "8-13 Uhr" gebührenfrei anzubieten, um eine Gerechtigkeitslücke zu schließen - eine Forderung, auf die die Verwaltung zumindest für das kommende Schuljahr eingegangen ist.

Wir begrüßen, dass mit der bereits laufenden Umbaumaßnahme der Krischerstraße und der bald folgenden Verschönerung der Hauptstraße beide Ortskerne deutlich attraktiver werden. Ebenso wichtig ist für uns vor dem Hintergrund des strategischen Ziels „Die Stadt Monheim am Rhein verbessert die Wohn-, Bau- und Sozialstruktur im Berliner Viertel.“ aber auch, dass die Verbindung zum Berliner Viertel städtebaulich verbessert wird. Zurzeit sind die Friedrich- und die Heinestraße sowie der Eierplatz in einem wenig einladenden Zustand, der im Verhältnis zur neu erblühenden Krischerstraße mit Sicherheit noch mehr ins Gewicht fallen wird.

Der Berliner Ring bildet eine Barriere, die zurzeit nur unbefriedigend über- oder genauer gesagt unterwunden wird. Bei Einbeziehung der Rest-Post-Liegenschaft wäre in diesem Bereich eine städtebauliche Verbindung statt einer Trennung und ein Platz mit großer Aufenthaltsqualität möglich.

Durch einen weiteren Antrag der GRÜNEN in dieser Sache war im Planungsausschuss zu erfahren, dass verschiedene Fragen bezüglich der Eigentumsverhältnisse zurzeit geklärt werden und zukünftig gute Chancen bestehen, dass auch hier „zusammen wächst, was zusammen gehört“.

Die ehemalige Post-Liegenschaft könnte dabei auch durchaus in die von uns seit Jahren verfolgte Neu-Konzeption des Bildungszentrums mit VHS und Bücherei in Nachbarschaft zur Musikschule einbezogen werden. Jedenfalls gehört nach unserer Überzeugung ein Magnet für alle Monheimerinnen und Monheimer dorthin statt der jetzigen Nahezu-Bauruine, die von vorne zudem nur über einen schmalen Steg erreichbar ist.

Ob es sich hierbei um eine städtische oder privat finanzierte Einrichtung oder eine Kombination von beidem handeln soll oder ob durch Verlagerung von öffentlichen Funktionen an anderer Stelle Flächen zur privaten Vermarktung frei werden, werden sorgfältige Planungen zeigen.

Apropos Bücherei: Wie in der vergangenen Woche aus der Presse zu erfahren war, soll die Bibliothek durch ein noch zu erarbeitendes Nutzungskonzept an moderne Bibliotheksstandards angepasst und zu einem Ort der Begegnung werden. Gut so. Im entsprechenden Artikel konnte man auch lesen,

- dass nach Einschätzung der Bibliotheksleitung die Barrierefreiheit noch unbefriedigend ist
- dass „man sich die gesamte Kultur auch an einem Standort woanders vorstellen könnte“
- dass für die Entwicklung zu einer Begegnungsstätte geeignete Räume, teilweise schallisoliert abgeschlossene Einheiten geschaffen werden müssten
- die Bausubstanz nicht mehr in gutem Zustand ist
- durch die großen Fensterflächen viel Wärme verloren geht.

Alles eine Bestätigung für unsere seit Jahren vorgetragene Forderung, sehr ernsthaft über ein neues Konzept für die Monheimer Kultureinrichtungen VHS und Bücherei in einem energetisch und funktional angemessenen Gebäude nachzudenken. Wir bezweifeln immer mehr, dass dies durch Reparaturen am Bestand möglich ist.

Auf unseren Antrag hin wurde das genannte strategische Ziel um die ausdrückliche Erwähnung der Wohnstruktur im Berliner Viertel ergänzt. Für uns wird auch weiterhin die Optimierung der Bau- und Wohnstruktur in der gesamten Stadt von zentraler Bedeutung bleiben. Wir streben hier eindeutig eine Verdichtung in der Innenstadt an statt einer Zersiedelung im Außenbereich.

Wohnbedürfnisse haben sich geändert und werden sich weiter ändern - und sie sind auch nicht einheitlich. Es können nicht alle Menschen in freistehenden Einfamilienhäusern leben und viele wollen das auch nicht. Alle wünschen eine - auch energetisch - gute Bausubstanz zu bezahlbaren Preisen.

Viele Senioren werden beispielsweise barrierefreie attraktive Apartments in der Innenstadt bevorzugen, einige auch Senioren-WGs - in der Nähe von guten Einkaufsmöglichkeiten und bei einer guten Aufenthaltsqualität der Umgebung.

Hervorragende Entwicklungschancen bieten sich hier neben dem Berliner Viertel insbesondere auf dem Krankenhausgelände.

Wir begrüßen das Konzept eines Gesundheitscampus, Facharztzentrums oder wie auch immer es letztlich heißen wird. Entscheidend ist, dass eine optimale medizinische Versorgung einschließlich Sanitätsmitteln, Physiotherapie u.a. in Monheim gesichert wird - zentral und dezentral.

Hierfür wird aber sicherlich nicht das gesamte Krankenhausgelände benötigt, so dass attraktiver Wohnraum mitten in der Stadt geschaffen werden kann.

Die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft, die sich auch, aber nicht nur, der baulichen und energetischen Optimierung des Berliner Viertels annimmt, begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben sie ja auch selbst mit in die Diskussion gebracht.

Wir sind allerdings nicht davon überzeugt, dass es unbedingt eine städtische Gesellschaft sein muss, sondern können uns auch sehr gut ein Genossenschaftsmodell mit direkter Beteiligung der Nutzer vorstellen, wie es sich ja auch mit dem Bauverein bewährt hat.

Die geänderten Wohnbedürfnisse bilden nur einen Aspekt des demographischen Wandels, dessen Berücksichtigung bei der weiteren Entwicklung unserer Stadt eine vorrangige Rolle spielen muss, beispielsweise hinsichtlich der Barrierefreiheit des öffentlichen Raums und der

öffentlichen Einrichtungen. Die Interessen verschiedener Generationen können sich dabei durchaus decken, denn da, wo ein Rollator oder Rollstuhl durchkommt, schafft es auch ein Kinderwagen.

Viele Menschen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, können und wollen die Gesellschaft mitgestalten und daran teilhaben. Dieses Potential müssen wir nutzen und auch als Stadt koordinieren.

Wir sehen uns in der Verantwortung für alle Generationen - auch vor dem Hintergrund unserer persönlichen Lebenssituationen.

Auch das strategische Ziel „Die Stadt Monheim am Rhein als Stadt am Fluss steigert ihre öffentliche Wahrnehmung als touristische Destination in naturräumlicher und kultureller Hinsicht.“ wurde auf unseren Antrag hin erweitert. Jetzt wird der Naturraum ausdrücklich erwähnt und mithin dem Landschafts- und Naturschutz Rechnung getragen. Gerade dieser Aspekt ist nicht nur für die Naherholung der Monheimerinnen und Monheimer, sondern auch für die Touristen, die bereits jetzt in großer Zahl unser Rheinvorland genießen, von zentraler Bedeutung.

Selbstverständlich gilt in diesem Zusammenhang auch dem Erhalt und Ausbau der Grünen Acht unser besonderes Augenmerk.

Der vorliegende Haushalt spiegelt erneut die erfreuliche Finanzkraft unsere Stadt wieder. Er enthält viele Maßnahmen, die sie für Bürgerinnen und Bürger lebenswerter und auch für Touristen attraktiver machen werden.

Viele dieser Maßnahmen beruhen in weiten Teilen auf ursprünglich grünen Ideen und Forderungen, für die in der Vergangenheit noch keine Bereitschaft und in vielen Fällen schlicht kein Geld da war.

Wir müssen selbstverständlich weiterhin mit Maß und Ziel vorgehen und dürfen nicht allen Begehrlichkeiten nachgeben.

Für die in den kommenden Jahren anzugehenden Maßnahmen ist nach unserer Überzeugung eine Prioritätenliste mit Bezug zur Höhe der erforderlichen Finanzmittel unerlässlich, bei der wir auch den weiteren Aufbau der Liquiditätsrücklage in keinem Fall aus den Augen verlieren dürfen.

Durch von der überwiegenden Mehrheit dieses Rates getragene Maßnahmen wie den Erwerb der Mega-Anteile von den Stadtwerken Düsseldorf sowie den Aufbau eines umfassenden Glasfasernetzes wird sich der Aufbau dieser Rücklage verzögern. Wir haben entschieden, dass es diese Maßnahmen wert sind. Umso wichtiger ist ein Plan für die Zukunft, denn auch vor dem Hintergrund unserer jetzigen Finanzlage können wir es uns nicht dauerhaft leisten, hier mal 20 und da mal 10 Millionen der Liquidität zu entziehen, die wir eines Tages dringend benötigen könnten, wenn kein belastbarer Plan dahinter steht.

Zur Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen in diesem und im nächsten Jahr werden natürlich auch Menschen benötigt, die diese planen, durchführen und begleiten.

Dies ist zwangsläufig auch mit einer erheblichen Ausweitung der städtischen Stellen verbunden, wie sie sich in dem vorliegenden Stellen- und Sollstellenplan widerspiegelt. Ob tatsächlich jede einzelne der zusätzlichen Stellen in vollem Umfang benötigt wird, beispielsweise in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Wirtschaftsförderung, wird auch die zukünftige Arbeit zeigen. Dass sie zu erheblichen Teilen erforderlich und sinnvoll sind, ist für den Moment unzweifelhaft.

Aber was geschieht mit den Stellen, wenn die Pläne abgearbeitet sind? Oder wenn die Einnahmen nicht mehr so sprudeln? Eine -auch langfristige- Befristung ist für die meisten der entsprechenden Stellen laut Auskunft der Verwaltung kein praktikabler Weg.

Wenn es noch keinen Plan B gibt, muss er nach unserer Überzeugung dringend entwickelt werden.

Durchaus befristet ist übrigens leider ausgerechnet die Stelle des Klimaschutzmanagers, die auf absehbare Zeit sicher nicht verzichtbar sein und sich durch Energieeinsparung bezahlt machen wird.

Wir Grüne sehen weit über den Tellerrand Monheims hinaus, auch da wir in einer globalisierten Welt leben. Internationale Abkommen wie das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA haben unmittelbare Folgen für die kommunale Selbstverwaltung. Beispielsweise sollen bisher aus gutem Grund nicht liberalisierte Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Wasserver- und Entsorgung demnach zukünftig reinen Wettbewerbsregeln unterworfen werden, was wir für ausgesprochen problematisch halten. Ich will hier aber der gleich folgenden Diskussion über unseren Antrag auf eine entsprechende Resolution des Rates nicht weiter vorgreifen.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung für ihre gute und produktive Arbeit. Hervorheben möchten wir dabei insbesondere das heute beschlossene Projekt „Willkommen!“, mit dem Flüchtlinge und Asylsuchende in hervorragender Weise bei ihrem Aufenthalt und in vielen Fällen dem Start in ein neues Leben unterstützt und mögliche Konflikte verhindert werden sollen.

Der Haushalt enthält für das folgende Jahr keine weitere Absenkung der Gewerbesteuer, die für uns im vergangenen Jahr der Hauptgrund war, den Haushalt abzulehnen.

Wir warnen ausdrücklich vor weiteren Senkungen der Gewerbesteuer in den kommenden Jahren, wie der Bürgermeister sie in seiner Haushaltsrede in Aussicht stellte.

Die Erwartung der Gewerbesteuereinnahmen für 2015 in Folge der Senkung im Vorjahr musste ja mit dem vorliegenden Haushalt bereits um 10 Millionen € gegenüber der Einschätzung Ende 2013 nach unten korrigiert werden.

Die Gewerbesteuer, die seit der auch von uns mit getragenen ersten Absenkung des Hebesatzes in Monheim so reichlich fließt und für den Wohlstand unserer Kommune sorgt, fehlt natürlich anderswo, auch wenn dies weitgehend nicht im Kreis Mettmann und auch nicht in Nordrhein-Westfalen ist - gleichwohl hätten die Unternehmen anderswo mehr Geld bezahlt, das jetzt am Gesamt-Steueraufkommen fehlt.

Wir dürfen hier den Bogen nicht überspannen - im eigenen und auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse nicht.

Anders als bei der Gewerbesteuer entwickelt sich der Anteil Monheims an der Einkommensteuer seit Jahren und voraussichtlich auch weiterhin gegenüber dem Landesdurchschnitt negativ. Dies mag im absoluten Betrag von überschaubarer Bedeutung sein, wobei natürlich andere Einkünfte gegenüber der Gewerbesteuer nicht vernachlässigt werden dürfen. Vor Allem aber spiegelt die Einkommensteuer ja das Einkommen der Bürgerinnen und Bürger selbst wider. Und wenn sich dieses in einer Kommune, die als solche finanziell offensichtlich bestens aufgestellt ist, schlechter entwickelt als im Landesdurchschnitt, stimmt etwas nicht. Hier muss ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit liegen, auch im Sinne der Kaufkraftentwicklung.

Gleichwohl gilt für den vorliegenden Haushalt: Auch wenn wir nicht jedes Detail begrüßen, sehen wir in diesem Jahr unter dem Strich keinen Grund, ihm unsere Zustimmung zu verweigern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2015.